

ORIGINAL SOZIAL

DIE LINKE.
Zeitung zur
Kommunalwahl
2008
Märkisch Oderland

Erfahrung, Kompetenz, Engagement

Die LINKE im Kreis Märkisch-Oderland will stärkste politische Kraft werden

Die LINKE geht mit 49 Bewerbern – darunter 16 Frauen und zwölf Parteiose – in die Wahl zum Kreistag Märkisch-Oderland. 200 Kandidaten werden um Mandate in den Kommunen ringen.

Kommunalpolitische Erfahrung, Kompetenz und auch eine große Vielfalt an Persönlichkeiten aller Altersgruppen haben in den zurückliegenden Jahren gezeigt: DIE LINKE ist keine Partei, die nur kurz vor den Wahlen in Erscheinung tritt. Kontinuierlich haben mehr als 180 Männer und Frauen in den Kommunalparlamenten Märkisch-Oderland besonders zu Fragen der sozialen Sicherheit, der Bildung, der Kinderbetreuung und Seniorenarbeit, aber auch der Sicherung kommunalen Eigentums und der Wirtschaftsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen sich engagiert.

Der Kreisverband sieht sich durch die fachliche Vielfalt seiner Kandidaten und

die territoriale Ausgewogenheit der Wahlvorschläge gut aufgestellt zur Bildung einer starken Fraktion.

Zudem sind wir uns einig, dass es mit der LINKEN keine „Scheinkandidaturen“ wie die des Landrates in Strausberg, aufgestellt

durch die SPD, geben wird.

Vor der Kandidatenaufstellung hatte DIE LINKE auf ihrem Kreisparteitag Bilanz gezogen und für sich die bisher erfolgreichste Wahlperiode der Kreistagsfraktion konstatiert. Der Landesvorsitzende der LINKEN, Tho-

mas Nord, bestärkte unseren Kreisverband in seinem erfolgreichen Kurs und in unserer Zielstellung, stärkste politische Kraft in Märkisch-Oderland werden zu wollen.

Bernd Sachse, Vorsitzender DIE LINKE. Märkisch-Oderland



Bundes- und Landtagsabgeordnete der LINKEN, wie hier Dagmar Enkelmann bei der Unterschriftensammlung für das Sozialticket, machen offensive linke Politik in MOL.



DIE LINKE ist eine gute Wahl

von Lothar Bisky,
Vorsitzender
der Partei DIE LINKE, MdB

Gemeinden und Städte haben ihr eigenes Gesicht. Nahverkehr, Gewerbe und Erholung, Schulen und Freizeiteinrichtungen, Kultur und Tourismus, Platz für die Begegnung der Jungen und der Älteren – wie lebendig Kommunen sein sollen, diese Fragen stellen alle und wir können einiges dafür tun, sie im öffentlichen Austausch zu beantworten.

Demokratie in der Kommune – das ist der erste Baustein linker Politik. Dazu kommen Vorschläge für den sozialen Zusammenhalt, für die regionale Wirtschaft, für den Erhalt von Kultur und Landschaft, für Neues.

DIE LINKE hat in Brandenburg viele Erfahrungen einzubringen. Sie versteht sich auch als Kraft, die im Land und im Bund für bessere Rahmenbedingungen in der Finanzierung und Mitsprache der Kommunen eintritt. Und auch Europa ist allgegenwärtig, sei es bei Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und bei regionalen Strukturfonds.

Die diesjährigen Kommunalwahlen in Brandenburg öffnen die Türen für einen Wahlmarathon der Extraklasse. 2009 sind Europawahlen, Bundestagswahlen und Brandenburg wählt den Landtag neu, daran sollte man schon bei den Kommunalwahlen denken. Eine Stimme für DIE LINKE ist immer eine gute Wahl.

Dort, wo die Menschen sind

Seelow – Daseinsvorsorge dort, wo die Menschen leben, dafür machen sich in Seelow die Abgeordneten der LINKEN stark.

Für den Erhalt der bestehenden Gesundheitsdienstleister und besonders den weiteren Ausbau des Oderbruchkrankenhauses und die Unterstützung der hier niedergelassenen Ärzte als Rückgrat der medizinischen Versorgung im Oderbruch setz-

ten sie sich in Foren mit Ärzten, Krankenkassen und Bürgern ein.

Auch für die Möglichkeit des Einkaufs dort, wo besonders viele ältere Menschen leben, machen sich nach wie vor Peter Schmidt, die Volkssolidarität und weitere engagierte Bürger stark. Ziel ist, dass in Seelow-Süd nach Schließung der alten Kaufhalle ein neues Angebot entsteht.

Für Anschluss an Radwege

Bad Freienwalde – Obwohl das Radwegenetz im Landkreis umfassend ausgebaut wurde, zeigt sich der nördliche Teil des Landkreises als weißer Fleck. Zu Recht fordert das Amt Falkenberg-Höhe den Anschluss an das überregionale Radwegenetz parallel zur B 158 und B 167 und den Anschluss an im bereits Barnim gebaute Radwege. DIE LINKE wird das Amt Falkenberg-Höhe bei seinen Bemühungen unterstützen.

Für den „Klub am See“

Strausberg – Für den „Klub am See“ machen sich die LINKEN gemeinsam mit Bürgerinitiativen stark. Erste Vorstellungen wurden erarbeitet. Den Erwerb der Liegenschaft zum symbolischen Preis trägt DIE LINKE mit. Strausberg hat mit dem „Klub am See“ ein ausbaufähiges Kultur- und Konferenzzentrum mit hohem Gebrauchswert. Wir streiten für den Erhalt, die Instandsetzung und Weiterentwicklung an diesem Platz.

**Kandidaten
für den Kreistag**

Wahlkreis 1

Stadt Bad Freienwalde, Wriezen,
Amt Falkenberg-Höhe und Amt
Barnim-Oderbruch



Joachim Fiedler
Wahlkreismitarbeiter
61 Jahre
Bad Freienwalde



Karin Klinger
Lehrerin
44 Jahre
Bad Freienwalde OT Altglitzien



Doris Stöckmann
Dipl.-Biologin
40 Jahre
Bad Freienwalde



Jörg Grundmann
55 Jahre
Immobilienmakler
Bad Freienwalde OT Altranft



Heiko Liebig
Maurermeister
48 Jahre
Heckelberg-Brunow



Bernd Müller
37 Jahre
Verwaltungsfachangestellter
Wriezen



René Krone
Angestellter
41 Jahre
Bliesdorf



Swen Schirmeister
Geschäftsführer
41 Jahre
Kunersdorf

Die LINKE in Märkisch-Oderland sorgt für soziale Ausgewogenheit in der Kommunalpolitik

Wenn Sie LINKS wählen, dann...

...geben Sie uns die Möglichkeit, an der Umsetzung folgender Ziele zu arbeiten:

► ORIGINAL SOZIAL: DIE LINKE

Die Bildung der neuen LINKEN hat Millionen Menschen Mut gemacht, der angeblich alternativlosen Agenda 2010-Politik entgegenzutreten, einer Politik, die zunehmend Verarmung per Gesetz betreibt.

Wir fordern Grundrechte ein: sinnvolle und Existenzsichernde Arbeit, angemessene Renten und gleiche Bildungschancen für alle. Wir fordern einen Mindestlohn von acht Euro.

► ARBEIT FÜR EIN LEBEN IN WÜRDE – GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Die LINKE in MOL setzt sich für die volle Ausschöpfung von Arbeitsförderprogrammen wie Kommunal-Kombi und Regionalbudget ein.

Wir unterstützen Kooperationen von Kommunen und Landkreis in Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Infrastruktur, Verkehr und Kultur. Dazu gehören Interessengemeinschaften wie die Märkische S-5 Region. Zur modernen Infrastruktur gehören der Ausbau des Radwegenetzes und des Schienen- und Straßenverkehrs mit der Republik Polen sowie die Gestaltung barrierefreier Ortschaften; bezahlbarer ÖPNV mit dem Anschluss aller Kommunen.

Für DIE LINKE sind gesunde und leistungsfähige Betriebe ein

Land-, Garten- und Forstwirtschaft die Basis für das Leben in unseren kleinen Städten und Dörfern. Wir stehen für die Einrichtung regionaler Kreisläufe mit einer verstärkten Berlin-Vermarktung der Produkte.

Wir setzen uns für einen Stopp des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den Äckern in MOL ein.

► SICHERUNG DER KOMMUNALEN DASEINSVORSORGE

DIE LINKE in MOL streitet für gleichen und bezahlbaren Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen für alle.

Wir wollen kommunale Energiepolitik mit dezentraler, unabhängiger Energieversorgung aus regenerativen Quellen. Dabei wollen wir Energieausschüsse in Kommunalvertretungen sowie die Bildung einer Energieagentur im Kreis unterstützen.

► EINE GUTE BILDUNG FÜR ALLE – VON ANFANG AN!

DIE LINKE in MOL tritt für ein uneingeschränktes Recht aller Kinder auf einen kostenlosen Kita-Platz ein. Wir setzen uns für ein Schulsystem ein, das ein möglichst langes gemeinsames Lernen aller Kinder in wohnortnahen Schulen anbietet. Wir favorisieren Gemeinschafts- und Ganztagschulen sowie kleine Schulen mit geringen Klassenstärken in bevölkerungsarmen Gebieten.

Wir unterstützen die Schaffung ausreichender Ausbil-



Bei gemeinsamen Aktionen, wie am „Tag der Demokratien“, zeigt die Region MOL Flagge gegen Rechts.

dungs- und Weiterbildungsplätze für eine selbstbestimmte Zukunft der Jugendlichen.

► DIE SENIENPOLITIK BEDARF DER ERNEUERUNG

DIE LINKE in MOL steht für eine Seniorenpolitik, die nicht auf Rente und Pflege reduziert wird, sondern die aktive Mitgestaltung in den Kommunen einschließt. Dazu gehören Altenpläne in den Kommunen zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben unabhängig vom Einkommen.

► KULTUR – EIN STÜCK IDENTITÄT

DIE LINKE in MOL setzt sich

für die Pflege vielfältiger kultureller Traditionen im Landkreis ein. Erhalt und Entwicklung kultureller Einrichtungen und des Sports dürfen nicht länger freiwillige Aufgaben der Kreise und Kommunen sein.

► MÄRKISCH-ODERLAND BLEIBT BUNT!

DIE LINKE in MOL unterstützt lokale Initiativen gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir wollen einen toleranten, demokratischen Umgang miteinander.

(mehr unter www.dielinke-mol.de)

Linke Politik und die anderen Parteien

Kooperation

DIE LINKE in Märkisch-Oderland hatte sich 2005 entschlossen, im Interesse einer Vorwärtsentwicklung im Landkreis eine Kooperation mit der SPD und dem Bauernverband einzugehen. Für LINKE-Fraktionschef Dieter Schäfer „eine absolut richtige Entscheidung. Wir konnten so unter anderem unsere soziale Handschrift deutlich machen.“ Auf Initiative der LINKEN wurde ein Bericht zur sozialen Situation der Kinder und Jugendlichen im Kreis erarbeitet, der deutlich machte, dass mit Einführung der HARTZ IV-Reformen die Kinderarmut drastisch

angestiegen ist. Der Bericht erbrachte Erkenntnisse, die unsere auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen gerichteten Anstrengungen bestätigten. In deren Konsequenz wurde das Jugendamt personell gestärkt. An dieser Stelle sei bemerkt: Die Wählergruppe „Pro Zukunft“ hat keinen Alleinvertretungsanspruch auf die Jugendarbeit, wie einzelne ihrer Vertreter dies in der Öffentlichkeit darstellen. Dieses, wie auch andere Politikfelder, bedürfen – möchte man nicht nur in politischen Schablonen denken, sondern etwas bewegen wollen – des Zusammenwirkens vieler Akteure.

Kontroverse

Spürbar wären die Auswirkungen auf die Bevölkerung in unserem Landkreis, wenn Schwarz-Gelb seine Pläne für die Privatisierung des Kreiskrankenhauses Märkisch-Oderland in Strausberg und Wriezen umsetzen könnte. Mit Vehemenz haben die Linken sich dafür engagiert, dieses wichtige Juwel der Gesundheitsversorgung in der Hand des Kreises zu belassen. Einen privaten Betreiber, der Abstriche an den bisherigen Angeboten macht, werden wir auch künftig nicht zulassen. Eine für die Lebensqualität bedeutende Rolle spielt die

Kultur GmbH mit dem Brandenburgischen Freilichtmuseum Altranft, der Bockwindmühle Wilhelmsau, dem Schloss Freienwalde, dem Oderlandmuseum Bad Freienwalde, dem Brecht-Weigel-Haus Buckow, der Gedenkstätte Seelower Höhen, dem Kreiskulturhaus Seelow und der Kreismusikschule. Auch hier werden seitens der CDU und FDP immer wieder Vorstöße unternommen, die Kultur GmbH zu privatisieren oder in Einzelteile zu zerlegen. Aus Sicht der Linken sollten alle Kräfte darauf konzentriert werden, diese Einrichtungen zu profilieren, anstatt sie in ihrer Arbeit permanent zu verunsichern.

Für das Menschliche sorgen

Peter Strohbach ist ein Mann sehr offener Worte und kandidiert für die LINKEN

Seelow – Der Mann ist ein Freund sehr offener Worte: „Weil der Staat nicht für das Volk arbeiten kann, müssen wir das Menschliche selbst machen.“ Der Satz hat's in sich.

Peter Strohbach sitzt zurückgelehnt im Chefsessel der THW-Führungsstelle in Seelow, hinter sich mehrere Landkarten des Kreises für spezielle Katastrophensituationen, davor der Schreibtisch mit Telefon und Computer, ein langer Beratungstisch, an den Wänden die statusgemäßen Wimpel und Ehrenkunden, die bis in die ZV-Zeit zurückreichen, auf dem Schrank gegenüber, inmitten von Ordnern und Fachbüchern über den Katastrophenschutz eine Karl-Marx-Büste. Den lässt er sich nicht nehmen. „Er hat doch heute noch Recht wie vor 150 Jahren.“

Nein, Peter Strohbach arbeitet nicht gegen den Staat, er arbeitet für den Staat – damit er menschlicher werde. Da, wo er sich auskennt: beim Schutz vor Katastrophen. Das macht er schon seit 30 Jahren.

Als Flugzeugelektriker war er zehn Jahre bei der NVA, dann war er technischer Leiter im Kreiskrankenhaus in Seelow, ließ sich reaktivieren und wurde Offizier der Zivilverteidigung. Und weil seine Kompetenz in Sachen Kata-



Peter Strohbach: „Die Menschen sollen merken, dass wir für sie da sind.“

strophenschutz unbestritten war, gelang ihm nach der Wende ein nahtloser Übergang zur Katastrophenabwehr im neuen Landkreis Märkisch-Oderland.

Er baute den Ortsverband des THW mit auf und ist seit 15 Jahren der Leiter des Ortsverbandes auch jetzt noch trotz Altersteilzeitregelung. Hat jetzt nicht nur das technische Werkzeug für den Schutz der Bevölkerung unter sich, sondern vor allem Menschen, junge Menschen, „die sich für das Gemeinwohl engagieren und in dieser Zeit

nicht auf dumme Gedanken kommen“.

Peter Strohbach sieht die ehrenamtliche Arbeit als Möglichkeit, das Leben in den Kommunen selbst mit zu gestalten. „Die Menschen sollen sich wohlfühlen und das Gefühl haben, dass man sich um sie kümmert.“ Seine Ideale hat er dabei nicht über Bord geworfen: „Ich möchte ein kleines bisschen davon erhalten oder neu einpflanzen, was ich an Menschlichkeit und sozialem Verhalten schon kennen gelernt habe.“ „Es gib für mich nur eine

Plattform, wo auf soziale Probleme aufmerksam gemacht wird: Das ist die LINKE,“ sagt Peter Strohbach, der zur Kommunalwahl für die LINKE als Parteiloser für die Stadtverordnetenversammlung Seelow kandidiert. „Ich möchte das Leben in Seelow angenehm gestalten, menschlicher, lebenswürdiger – soweit wir es im kommunalen Bereich beeinflussen können. Die Menschen sollen merken, dass wir für sie da sind, dass sie gebraucht werden und dass sie nicht allein gelassen werden.“ rd

Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 2

Stadt Seelow, Amt Lebus, Amt Golzow, Amt Neuhardenberg, Gemeinde Letschin und Amt Seelow-Land



Wolfgang Heinze
Mitglied des Landtages
64 Jahre
Seelow



Bettina Fortunato
Diplomagrondin für Weinbau
51 Jahre
Küstriner Vorland



Bianca Lenz
Verwaltungsfachangestellte
33 Jahre
Seelow
OT Werbig



Uwe Hädicke
Dipl. Politikwissenschaftler
38 Jahre
Seelow



Elke Apelt
Lehrerin
65 Jahre
Zeschdorf OT Petershagen



Mario Eska
Feinmechaniker
44 Jahre
Neuhardenberg OT Quappendorf



Ines Wollschläger
Angestellte
45 Jahre
Lebus OT Schönfließ

LINKE engagieren sich in ihren Kommunen

Mitglieder der LINKEN und Kandidaten, die für DIE LINKE. Märkisch-Oderland zur Kommunalwahl 2008 kandidieren, engagieren sich jeden Tag (und nicht nur vor den Wahlen) auf vielen Gebieten, die das gesellschaftliche Leben im Landkreis ausmachen. In mehr als 100 Vereinen, Organisationen und Initiativen sind LINKE ehrenamtlich tätig und helfen damit ganz persönlich, die soziale Infrastruktur und die Daseinsfürsorge im Oderland zu gewährleisten. Unter anderem sind sie für Kinder und Jugendliche aktiv, leiten Vorstände in Kindervereinen, sind für die älteren Mitbürger zum Bei-



Mit Farbe: Richard Primuth und Klaus Richter. Mit Hochdruck: Uwe Hädicke reinigt mit Neuhardenerger Linken eine Plastik von Prof. Werner Stötzer auf dem Dorfanger.



spiel in der Volkssolidarität und AWO aktiv, sind Feuerwehrfrauen und -männer, leiten Sportgruppen, engagieren sich im Angelverein,

bewahren kulturhistorische Erfahrungen in Heimatvereinen. So prägen in vielen Orten Mitglieder der LINKEN das Leben und das

Gesicht der Gemeinden mit, arbeiten zum großen Teil unentgeltlich daran, das gemeinsame Leben zu gestalten.

**Kandidaten
für den Kreistag**



Detlef Bräuning
FA Schafzucht
49 Jahre
Küstriner Vorland



Marion Hahn
Bibliothekarin
44 Jahre
Vierlinden



Gerhard Norbert Tenner
Selbstständig
51 Jahre
Neuhardenberg



Dr. Karin Anne Bähler
Stadtplanerin
67 Jahre
Falkenhagen



Richard Victor Priemuth
Lehrer, Rentner
74 Jahre
Seelow



Jörg Gustävel
Elektroinstallateur,
Berufskraftfahrer
41 Jahre
Lindendorf



Werner Finger
Agraringenieur,
Spediteur
61 Jahre
Manschnow

Das Land braucht eine starke LINKE

Von Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg



Im September wird die Landtagsfraktionsvorsitzende der LINKEN, Kerstin Kaiser, auf Tour durch Brandenburg gehen und vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch über ihre konkreten Erwartungen an die LINKEN kommen.

LINKE Politik setzt sich durch!

Noch Ende 2007 lehnte die Koalition im Landtag die von der LINKEN unterstützte Volksinitiative für ein Sozialticket ab – Ende Februar 2008 war Schluss damit. Der SPD-Landesvorstand beschloss „Politik für eine solidarische Mehrheit in Brandenburg“ und es folgte ein Sozialpaket, das unter dem Einfluss der CDU jedoch zum Sozialpäckchen abschmolz.

„Aus dem Sozialpaket-Streit zwischen ... SPD und CDU scheint die Linkspartei als Sieger hervorzugehen“, bilanzierte die PNN. Naja – so richtig als Sieger haben wir uns nicht gefühlt. Denn wir wollen doch Hilfen, die es allen bedürftigen Kindern im Land ermöglichen, an Klassenfahrten teilzunehmen – und nicht nur denen, die zuerst die Unterstützung beantragen. Wir wollen kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas. Wir wollen wohnortnahe Schulen nicht nur in Ausnahmefällen. Wir wollen eine garantierte kostenlose Schülerbeförderung in den ländlichen Regionen – kein Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Land und Landkrei-

sen. Hätten wir mit am Tisch gesessen – die SPD hätte sich nach vorn, nicht nach hinten bewegen müssen.

Wenig später unternahm der Landkreis Dahme-Spree einen sozialpolitischen Befreiungsschlag: Der Schülertransport wird tatsächlich für alle, das Mittagessen für die Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern kostenlos – das Vorschuljahr nach dem Vorbild des rot-roten Berlin auch. Mehr Kita-Erzieherinnen

werden eingestellt, zusätzliche Bildungsangebote kommen. Und die Kommunen werden finanziell entlastet.

Das zeigt: Die LINKE regiert mit – aus der Opposition. Das geht, weil unsere Politik – das soziale Original – von breiter Zustimmung getragen und von den Bürgerinnen und Bürgern selbst voran getrieben wird. So kann Veränderung beginnen. Und sie ist notwendig! Denn:

Es geht nicht nur um Schulwege und Schulesen – es geht um gute Bildung für alle.

Es geht darum, dass man von Arbeit wirklich leben kann und dass aus Absichten Entscheidungen werden: für Mindestlöhne, für eine vernünftige Vergabe von öffentlichen Aufträgen, für eine kluge Arbeitsmarktpolitik.

Es gibt eine Mehrheit für ein solidarisches Brandenburg. Dass sie zum Tragen kommt, dafür braucht es eine starke LINKE – original sozial.

Infos zu allen Veranstaltungen der LINKEN gibt es unter www.original-sozial.de

Nazis sind nicht sozial! Von Thomas Nord, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Zunehmend missbrauchen Rechtsextreme die soziale Notlage vieler Menschen für ihre Demagogie. „Stiefelnazis“, die ihre Gewaltbereitschaft sichtbar kundtun, sind nicht die einzigen Faschisten. Zu Drohungen und Gewaltverbrechen kommen zunehmend sozial anmutende Scheinargumente. Ob bei Demonstrationen gegen Hartz IV, ob bei anderen sozialen Bewegungen und Diskussionen – immer mehr versuchen sie, die Not der sozial Benachteiligten für sich auszubeuten und sich als national gesinnte Demokraten darzustellen, die ein Herz für die Sorgen des „kleinen Mannes“ haben. Dem berechtig-

ten Frust wollen sie ihre dumpfen Parolen aufdrücken, statt sachlicher Vorschläge appellieren sie an Wut, Ausgrenzung und Intoleranz. Kämpfen wir dagegen, dass Brandenburger auf deren jetzt demonstrativ zur Schau getragene soziale Ader herinfallen. Sonst könnte es ein böses Erwachen geben. So, wie 1933 viele ehrliche Bürger glaubten, die Faschisten würden einige soziale Versprechen erfüllen und wenn nicht, durch eigene Unfähigkeit abwirtschaften. Diese Illusion trotzt furchtbar! Darum dürfen wir auch heute nicht dem Wolf im Schafspelz trauen. Wir haben allen Grund, wachsam zu sein und nicht zuzu-



lassen, dass der rechtsextreme Ungeist an Boden gewinnt. Wer rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch Wahlerfolge dauerhaft zurückdrängen will, der muss die Rechtsextremisten als politi-

sche Herausforderung ernst nehmen. Neonazis sind ein fundamentaler Angriff auf die Demokratie und eben gerade keine Lösung für die immer größer werdenden sozialen Probleme.

Wer Rassismus und Antisemitismus dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offen vertreten. Dies darf Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht ausschließen. Soziale Gerechtigkeit aber darf es nicht auf Kosten ausländischer Mitbürger, Andersdenkender oder Schwächerer geben.

Kinderarmut in Brandenburg

Von Kerstin Bednarsky, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Kinderarmut ist kein ausschließliches Problem der Dritten Welt. Ein Befund, der auch von der Holon-Studie „Aufschwung und Armut in den Kommunen des Landes Brandenburg“ für das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e. V. gestützt wird.

Armut hat viele Facetten – neben der Einkommensarmut führt vor allem die Bildungsarmut zu Benachteiligungen. Bei Kindern führt sie zu Isolation und zu veränderten Verhaltensweisen.

Ausgelacht zu werden, ist für Kinder schlimmer als hungrig ins Bett zu gehen.

Hier im Land lebt mittlerweile jedes vierte Kind in Armut, in Deutschland jedes sechste – Tendenz steigend. Wer in Armut aufwächst, hat als Erwachsener eine schlechtere Gesundheit.

Viele Vorschläge zur Verringerung der Kinderarmut, wie beispielsweise Tipps für Hartz-IV-Empfänger, wie



Ein unbeschwertes, glückliches Leben – wie hier Jette und Leen – wünschen wir allen Kindern. „Verordnete“ Kinderarmut ist eines der schwersten Vergehen eines Staates.

Kinder billiger zu ernähren sind, gehen am Kern des Problems vorbei.

Wenngleich es keine Parentrezepte gegen Kinderarmut gibt, so braucht es doch auf jeden Fall komplexe

Strategien zu deren Prävention und Verringerung. Dazu gehören u.a. völlig neue Ansätze in der Bildungspolitik, oder eine soziale Grundversicherung für Familien, die das soziokulturelle Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung garantiert. Nur durch die Realisierung derartiger Konzepte wäre einer sozialen Desintegration und dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenzuwirken.

DIE LINKE fordert durchgreifende und nachhaltig

wirkende Beschlüsse zur Überwindung von Kinderarmut. So sollen die Kosten für Lernmittel wegfallen, ebenso für die Schülerbeförderung und auch für ein Mittagessen in Kitas und Grundschulen. Schließlich gehört dazu, den öffentlichen Gesundheitsdienst auszubauen.

Von der Landesregierung erwartet DIE LINKE, dass sie auf Bundesebene nachhaltiger für die Verteilungsgerechtigkeit eintritt, statt wie bisher abzuweichen und den LINKEN „Panikmache“ vorzuwerfen.

Statistisches

Mit rund 830 KandidatInnen wird DIE LINKE landesweit für die Kreistage antreten. Hinzu kommen Hunderte, die für Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen kandidieren. Sie alle stehen für eine sozial gerechtere Politik in diesem Land. Gegenwärtig sind 960 Stadtverordnete und Gemeindevertreter für DIE LINKE aktiv. Hinzu kommen 13 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Kommunen sollen mehr Geld bekommen

Obwohl die Landesregierung nach wie vor der Auffassung ist, dass die Kommunalfinanzierung ausreichend ist, sieht die Realität vor Ort doch ganz anders aus.

Elf der 14 Landkreise haben keinen ausgeglichen Haushalt und weisen erhebliche Fehlbeträge auf.

Im Ergebnis der Föderalismusreform II sowie der bereits vollzogenen bundesgesetzlichen Veränderungen vor allem in der Sozialgesetzgebung, ist für die Kommunen der tatsächliche Bedarf der finanziellen Ausstattung zur Sicherung der übertragenen Aufgaben zu gewährleisten. Jüngstes Beispiel ist die dies-

bezügliche Klage der Landkreise Uckermark und Haveland. Formell wurde die Klage zwar durch das Verfassungsgericht zurückgewiesen, den klagenden Kommunen aber im wesentlichen Recht gegeben.

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklung müssen die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen endlich neu geregelt werden.

Aus Sicht der LINKEN beträgt das Defizit knapp 60 Millionen EURO. Der Ausgleichsfonds für Not leidende Kommunen muss von derzeit 50 Millionen EURO auf 100 Millionen EURO verdoppelt wer-



den. 70 Prozent dieses Geldes sollte für die Berlin ferneren Regionen des Landes eingesetzt werden, der Rest im Speckgürtel.

Die Problematik Wasser/Abwasser ist sowohl für die Gemeinden als auch für das

Land ein haushaltspolitisches Risiko, weshalb dafür ein besonderer Unterstützungsfonds außerhalb der Kommunalfinanzierung eingerichtet werden muss. Hier wird es analog des Stadtumbaus auch um Fragen des Rückbaus von Anlagen sowie den Zusammenschluss von Verbänden gehen müssen. Die LINKE will nunmehr von der Landesregierung wissen, wie sie den Kommunen diese finanziellen Mittel zuleiten will. Im Interesse der Kommunen werden wir nicht lockerlassen.

Ralf Christoffers, finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE

Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 3

Stadt Müncheberg, Gemeinde Rüdersdorf und Amt Märkische Schweiz



Berndt Fröhlich
Lehrer
57 Jahre
Rüdersdorf OT
Hennickendorf



Uwe Salzwedel
Lehrer
46 Jahre
Rehfeld OT
Werder



Erhard Dräger
Ing.-Päd. Maschinenbau
59 Jahre
Müncheberg



Dr. Dietmar Barkusky
Diplomagrarin-gelehrer
48 Jahre
Müncheberg



Roland Schulz
Dipl. Ing. Ökonom
57 Jahre
Rüdersdorf OT
Hennickendorf

Wahlkreis 4

Stadt Strausberg



Dieter Schäfer
Rentner, Vorsitzender Kreis-sportbund
66 Jahre
Strausberg

Kandidaten für den Kreistag



Kerstin Kaiser
Mitglied des
Landtages
48 Jahre
Strausberg



Jana Rathmann
Diplom-Sport-
lehrerin/Phy-
siotherapeu-
tin/Dozentin
35 Jahre
Strausberg



Strausberg

Bernd Sachse
Angestellter,
HS-Ing. Öko-
nom, Vorsitzen-
der DIE LINKE
in MOL
54 Jahre



Helga Burgahn
Diplom-Wirt-
schafterin
60 Jahre
Strausberg



Klaus Linke
Journalist
50 Jahre
Strausberg



Angelika Wieland
Damenmaß-
schneiderin
51 Jahre
Strausberg



Uwe Kunath
Betriebs-
wirt/Angestell-
ter
45 Jahre
Strausberg



Ronny Kühn
Student, Selbst-
ständiger
28 Jahre
Strausberg

Für Chancengleichheit in der Bildung

Von Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag

Zum Glück stehen Wahlen an. Nur so ist zu erklären, dass sich der Bildungsminister des Landes doch noch darauf besann, dass die Kinder in Treuenbrietzen und in Wittstock ein Gymnasium brauchen, dass Bewegung in die Diskussion um kostenloses Schulesen und kostenlosen Schülertransport gekommen ist. Das ist ein Anfang.

Noch immer verwehrt Brandenburgs Schulsystem Kindern – vor allem in ländlichen Regionen – jedoch Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung. Soziale Herkunft bestimmt zunehmend den Bildungserfolg. Alle von der Landesregierung und der SPD/CDU-Koalition eingeführten Neuerungen haben die Bedingungen nicht verbessert. Davon zeugt der Abbau der schulischen Infrastruktur vor allem in den ländlichen Regionen.

Die Einführung der Oberschule und die Art der Schulzeitverkürzung bis zum Abitur haben für Schüler der Oberschule den Weg zum Gymnasium versperrt. Die Einführung der Leistungs- und Bega-



Der Arbeitslosenverband und DIE LINKE im Landkreis Oberhavel haben mit der Aktion „Es kommt was in die Tüte“ rund 100 Kindern und ihren Eltern einen sorgenfreien Schulanfang ermöglicht. Angesichts dessen, dass die Grundausstattung für Schulanfänger von rund 180 EURO für viele Familien kaum aufbringbar ist, sammelten sie Geld- und Sachspenden. Denn Bundes-, Land- und Kreistag hatten die Forderung der LINKEN nach einer Einmalzahlung für Bedürftige abgelehnt. Für rund 4000 Euro übergaben sie zum Schulstart den ABC-Schützen Schultaschen, Turnzeug, Federtaschen usw. je nach Bedarf.

bungsklassen hat die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung vergrößert. Die Verschärfung der Zugangsbedingungen zum Gymnasium ist kontraproduktiv in einer Zeit, in der mehr und nicht weniger Menschen

mit hoher Bildung gebraucht werden.

Markenzeichen der Bildungspolitik der Koalition von SPD und CDU sind Schulschließungen, zu wenig Personal in Kitas und Schulen und weitere Stellenstreichungen. Dies hat dazu geführt, dass trotz großen Engagements von ErzieherInnen und Lehrkräften die Kitas Mühe haben, sich zu wirklichen Bildungseinrichtungen zu entwickeln und an Schulen kontinuierlicher Unterricht in hoher Qualität kaum leistbar

ist. Eltern kehren den öffentlichen Schulen den Rücken und schicken ihre Kinder in Schulen in freier Trägerschaft. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Die LINKE sieht den Ausweg aus der Bildungsmisere in einer grundlegenden Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit für alle Kinder kann am besten durch eine Schule gewährleistet werden, in der die Kinder nicht frühzeitig aussortiert werden, sondern möglichst lange gemeinsam lernen – die Gemeinschaftsschule.

Übrigens:

Die Kandidatur von Bürgermeistern und Landräten – wie auch in diesem Jahr vielfach praktiziert – ist laut Wahlgesetz tatsächlich möglich. Allerdings müssen sie sich nach der Wahl für Amt oder Mandat entscheiden.

Regierung „sittenwidrig“ „Bomben sind doof“

Ein BGH-Urteil sorgte zu Jahresbeginn für große Aufregung im Land Brandenburg. „Sittenwidrige“ Aneignung von Bodenreformland – ein Verhalten, welches eines Rechtsstaates unwürdig sei – so der Vorwurf des höchsten deutschen Zivilgerichts an die Landesregierung. Der durch DIE LINKE eingesetzte Untersuchungsausschuss im Landtag versucht nun, Licht in die Affäre zu bringen und vor allem die politische Verantwortlichkeit aufzuklären. Doch das ist schwierig. Eklatante Erinnerungslücken bei allen Beteiligten. Zeugen, die sich an nichts mehr erinnern und der unerschütterte Glaube, man habe stets nach

Recht und Gesetz gehandelt. Bodenreformabwicklung, ein Thema, das – kaum zu glauben – „nur eine periphere Bedeutung“ hatte. Dass es dabei um das Hab und Gut von Tausenden Neubauern ging und geht, spielte damals wie heute keine Rolle. Für die LINKEN zeichnet sich nach den ersten Zeugenvernehmungen schon jetzt ab: Die politische Verantwortung wird ganz offensichtlich auf die Fachebene abgewälzt: „Am Ende war der Pfortner schuld.“

Christian Görke,
parlamentarischer Ge-
schäftsführer, und Mitglied
im Untersuchungsausschuss



Seit 16 Jahren wehrt sich eine ganze Region über alle Länder- und Parteigrenzen hinweg gegen das geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide. Dieser friedliche und kreative Protest wird seit Jahren

von der LINKEN in den betroffenen Kommunalparlamenten, aber auch auf Landes- und Bundesebene aktiv unterstützt.

Die Argumente sind ausgetauscht, Wirtschaft, Naturschutz und Friedensaktivisten in seltener Einigkeit. Es ist ein Prüfstein für die parlamentarische Demokratie, ob der Bundestag im Interesse dieser demokratischen Mehrheit handelt.

DIE LINKE ist verlässlich, SPD und Grüne nach sieben Regierungsjahren mitschuldig. Reden zählt jetzt nicht mehr – nur Taten.

Kirsten Tackmann, MdB
und Thomas Domres, MdB

Ausweg Gemeindegewester?

Von Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE im Landtag

Das Wort „Ärztmangel“ gehört seit Jahren zum festen Wortschatz der Brandenburger Politik. Obwohl bereits im Jahr 2001 durch die Landesregierung zwei „Expertengruppen“ eingesetzt wurden, die die Lage im stationären und im ambulanten Bereich analysieren sollten, wurde die Situation nicht entschärft. Mit anderen Worten: Das Thema ist uns leider erhalten geblieben. Die Altersstruktur der Ärzteschaft lässt eher noch eine Zuspitzung befürchten.

Auf kommunaler Ebene sind große Anstrengungen erkennbar, Ärztinnen und Ärzte anzusiedeln. Allerdings können die Kernprobleme nicht von den Kommunen gelöst werden. Dies sind für Ärzte insbesondere ein angemessenes Einkommen aber auch solche Fragen, wie: Welche Schule können meine Kinder besuchen? Können Patienten noch in meine Praxis kommen, wenn sie kein



Wer kennt sie in unseren Landen nicht, Schwester Agnes? Die Gemeindegewester mit dem großen Herzen ist Kult. Gemeindegewestern, hier Schwester Manu, sind gut im flachen Brandenburger Land, sagt DIE LINKE, warnt aber gleichzeitig: Sie sind kein Ärzte-Ersatz.

Auto haben? Wie weit muss ich zum Hausbesuch fahren und wie oft habe ich Bereitschaftsdienst? Die Lösung

dieser Probleme hängt maßgeblich von der Landespolitik ab. Die Politik der Landesregierung und ihr Konzept

„Stärken stärken“ geben leider nur unzureichende Antworten.

Große Hoffnungen verbinden sich mit dem Projekt „Gemeindegewester“, das auch DIE LINKE begrüßt. Allerdings wäre es völlig verfehlt, darin einen „Ärzte-Ersatz“ zu sehen. Sie kann und soll unterstützend wirken und zudem soziale Funktionen erfüllen. Ob die Gemeindegewester im jetzigen Gesundheitssystem ihren Platz findet bzw. überhaupt finden soll, ist offen. Das entsprechende Modellprojekt wird in Brandenburg zwar noch einmal ausgeweitet, eine „reguläre“ Einführung wird am Ende aber auch von der Finanzierung abhängen. Vorstellungen, die Mittel aus der Vergütung der ambulant tätigen Ärzte herauszunehmen, sind völlig abwegig. Erstens ist diese Decke ohnehin zu kurz und zweitens wäre dies auch nicht aufgabengerecht.

Kandidaten für den Kreistag



Wolfram Wetzig
Dipl.-Militärwissenschaftler/Rentner
61 Jahre
Strausberg



Mathias Böhme
Baumaschinenführer
47 Jahre
Strausberg



Christian Steinkopf
Dipl.-Militärwissenschaftler/Rentner
63 Jahre
Strausberg

Wahlkreis 5

Stadt Altlandsberg, Gemeinde Friedersdorf-Vogelsdorf und Gemeinde Petershagen-Eggersdorf



Dr. Hagen Kattner
Pädagoge/
Rentner
64 Jahre
Petershagen/Eggersdorf
OT Eggersdorf



Gabriele Gottschling
Lehrerin
55 Jahre
Altlandsberg



Susanne Danowski
Dipl. Wirtschaftsingenieurin
55 Jahre
Petershagen/Eggersdorf



Michael Gläser
Hotelfachmann
23 Jahre
Altlandsberg

Mobil zum halben Preis

DIE LINKE hat sowohl die Volksinitiative als auch das Volksbegehren für ein Sozialticket in Brandenburg gemeinsam mit einem breiten Bündnis auf den Weg gebracht und tatkräftig unterstützt. Obwohl sich in einer Umfrage 76 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein Sozialticket ausgesprochen hatten, lehnte es die Regierungskoalition aus SPD und CDU im Landtag ab, gab dann aber dem Druck aus der Bevölkerung nach. Ab dem 1. September 2008 wird es ein „Mobilitätsticket“ für Menschen, die Arbeitslo-

sengeld II oder Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie von Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, geben. Sie bezahlen für das Mobilitätsticket nun nur noch halb soviel wie für die Umweltkarte der Regionalbahn. Alle Initiatoren des Sozialtickets sind sich trotz des jetzigen Standes einig, dass dieses Mobilitätsticket nur der Anfang sein kann.

Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE

DIE LINKE WAHL-PREISFRAGE

Und nun noch eine Frage, deren Beantwortung Ihnen nicht schwerfallen wird.

Wie viele KandidatInnen für die Kreistage im Land Brandenburg treten auf den Listen der LINKE zur Kommunalwahl am 28. September an?

Sind es: **A rund 670**
B rund 750
C rund 830

Schreiben Sie zutreffenden Buchstaben auf eine Postkarte und schicken Sie sie unter dem Kennwort WAHL-PREISFRAGE an: DIE LINKE, Brandenburg Alleestr. 3 14469 Potsdam Die Preisträger werden benachrichtigt.

Und so wird gewählt

Bei der Wahl der Gemeindevertretung und bei der Wahl des Kreistages haben Sie drei Stimmen für die jeweilige Wahl. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen in den vorgegebenen Kreisen neben den Namen der Bewerber. Jeder Wähler kann seine drei Stimmen einem einzigen Kandidaten geben, aber auch auf verschiedene Kandidaten (auch verschiedener Parteien) verteilen.

Damit bestimmt der Wähler, welche Parteien und welche Kandidaten in die kommunale Vertretung einziehen.

Wer am Wahltag sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, hat die Möglichkeit der Briefwahl. Dazu kann jeder seine Wahlbenachrichtigungskarte entsprechend ausfüllen und an die ausstellende Behörde mit der Bitte um Zusendung der Briefwahlunterlagen schicken. Er erhält dann sämtliche Unterlagen und eine Anleitung, wie die Stimmabgabe per Briefwahl vorzunehmen ist. Die Briefwahlunterlagen müssen bis zum Wahltag um 18.00 Uhr bei den zuständigen Wahlleitern eingegangen sein.

IMPRESSUM

ORIGINAL SOZIAL Zeitung zu den Kommunalwahlen 2008 im Land Brandenburg Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE, Brandenburg, Maria Strauß, Geschäftsführerin (v.l.S.d.P.) in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband DIE LINKE, Märkisch Oderland. Redaktion/Layout: medienPUNKT Potsdam, Hessestraße 5, 14469 Potsdam, Tel/Fax: 03 31-20 01 89 70/-71, email: medien.potsdam@gmx.de Fotos: Archive DIE LINKE, medienPUNKT Potsdam Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus Auflage: 40.000 Exemplare Erscheinungstermin: 1. September 2008

Kandidaten für den Kreistag



Anita Dinc
EDV-Facharbeiterin/Rentnerin
61 Jahre
Fredersdorf-Vogelsdorf

Wahlkreis 6 Gemeinde Hoppegarten und der Gemeinde Neuenhagen



Dr. Arno Gassmann
Freier Publizist
40 Jahre
Neuenhagen
b.Berlin



Renate Adolph
Landtagsabgeordnete
49 Jahre
Hoppegarten
OT Hönow



Klaus Otto
Amtsdirektor
a.D.
58 Jahre
Hoppegarten
OT Münchehofe



Dr. Frank Galeski
Dipl. Physiker
57 Jahre
Hoppegarten



Camillo Menzel
Bautischler
40 Jahre
Strausberg

Konsequent fürs Allgemeinwohl

Bilanz der LINKEN im Kreis Märkisch-Oderland kann sich sehen lassen

Aus der Sicht unserer Fraktion war es die bisher erfolgreichste Wahlperiode, weil wir als Fraktion wesentlich die Entwicklung des Landkreises beeinflussen und

**Von Dieter Schäfer,
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Kreistag
Märkisch-Oderland**

gestalten konnten. Aus der Wahl 2003 sind wir mit 14 Abgeordneten als zweitstärkste Fraktion in den Kreistag eingezogen, gegenwärtig sind wir mit 15 die stärkste Fraktion.

Die Grundlage dafür bildete ein auf vier Jahre befristeter Kooperationsvertrag zwischen PDS/DIE LINKE, SPD und Wählergruppe Bauernverband im Kreistag MOL mit dem Ziel, mit einer stabilen Mehrheit im Kreistag, einer politischen Führung in der Verwaltung die komplizierten Probleme des Kreises im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu lösen.

- ▶ die Umstrukturierung der Kreisverwaltung, die Senkung der Personalkosten unter Einhaltung des Tarifrechtes;
- ▶ die Reduzierung des Haushaltsdefizits – ist gelungen (statt 62 Mio. nunmehr ca. 37 Mio. EUR);
- ▶ Entwicklung des Tourismus, insbesondere des Radwegenetzes, nahezu 400 km wurden geschaffen;
- ▶ Umgestaltung des Jugendamtes – personelle Stärkung ist noch nicht beendet.
- ▶ Die kreislichen Kultureinrichtungen wurden erhalten (gKuGmbH) – Grundsatzbeschluss des Kreistages.
- ▶ Sport und Jugendsozialarbeit wurden nicht mehr in Frage gestellt und die Förderung stabil gesichert.
- ▶ Privatisierung kreiseigener Betriebe, insbesondere des Krankenhauses, wurden abgelehnt, entgegen der Entwicklung in anderen



Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern gehören für die politische Arbeit zum täglichen „Brot“ der Abgeordneten.

Landkreises und Kommunen.

▶ Der langjährige Zankapfel „Asylbewerberheim“ wurde schnell und unbürokratisch gelöst (Unterbringung, Bargeld nach Einfallentscheidung und Aufenthaltsgenehmigung sowie Einbindung in das Leben der Gemeinde Rehfeldede).

▶ Gemeinsame Aktionen mit dem Kreis-Kinder- und Jugendring und anderen Organisationen gegen Rechts-Extremismus.

▶ Kostenfreies Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

▶ Kostenfreie Nutzung der Sporthallen des Landkreises

für Vereine und Verbände.

Jeder soll wissen: Die Linke ist kein taktisches Mittel, man wird uns brauchen, denn das neoliberale Gift in dieser Gesellschaft ist weit verbreitet. Wir müssen dazu beitragen schwarze Mehrheiten zu verhindern. Wir brauchen in Zukunft dazu mehr moderne linke Bündnisse.

Nun stehen wir vor den Kommunalwahlen bei uns in Brandenburg, und wir können optimistisch sein, weil ich glaube, dass wir eine gute Politik für die Menschen, für die Entwicklung unserer Region durchgeführt haben.

Nun stehen wir vor den Kommunalwahlen bei uns in Brandenburg, und wir können optimistisch sein, weil ich glaube, dass wir eine gute Politik für die Menschen, für die Entwicklung unserer Region durchgeführt haben.

Nun stehen wir vor den Kommunalwahlen bei uns in Brandenburg, und wir können optimistisch sein, weil ich glaube, dass wir eine gute Politik für die Menschen, für die Entwicklung unserer Region durchgeführt haben.

Wir laden Sie ein, kommen Sie, prüfen Sie uns

Geschäftsstellen
15344 Strausberg
Große Straße 76,
Tel.: 03341/311796, Fax: 314775
www.dielinke-mol.de
Mo. – Do. 8–12 Uhr

15306 Seelow
Breite Straße 9,
Tel./Fax: 03346 / 417
www.dielinke-seelow.de
Mo. und Mi. 9–12 Uhr
Di. 9–12 Uhr u. 15–17 Uhr
16259 Bad Freienwalde
Grünstraße 8,
Tel./Fax: 03344 / 3466
www.dielinke-frw.de
Di. 9–11.30 Uhr u. 14–16 Uhr

Bürgerbüros
Dr. Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg,
Wallstraße 8
Tel.: 03341 / 303984

Mo. – Do. 9–16 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
www.dagmar-enkelmann.de

Kerstin Kaiser – MdB
15344 Strausberg,
Wallstraße 8
Tel.: 03341 / 497711
Mo. – Do. 8–16 Uhr
www.kerstin-kaiser.eu
Wolfgang Heinze – MdB
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Tel.: 03346 / 884121
Mo. 8–10 Uhr und nach Vereinbarung
www.wolfgang-heinze.eu

Gerlinde Stobrawa – MdB
16259 Bad Freienwalde,
Grünstr. 8
Tel.: 03344 / 301355
Mo. – Mi. 9–13 Uhr
Do. 9–17 Uhr, Fr. 9–12 Uhr

Renate Adolph – MdB
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Tel.: 030 / 99274749
Mo., Mi., Do. 14–18 Uhr
www.renate-adolph.info

Termine
3. September, 19 Uhr, Hoppegarten, „Haus der Generationen“, Lindenallee 16: Forum mit Wolfgang Neskovic, MdB, in der Veranstaltungsreihe OFFENGE SAGT mit Renate Adolph: „Überwachungsstaat BRD – vom Verlust der Freiheitsrechte“
7. September, 10 Uhr, Strausberg, Wriezener Str.: Feierstunde am Gedenkstein für Opfer des Faschismus
20. September, 16 Uhr, Münchenberg, Schützenhaus: „Kaiser Tour“ – mit Kerstin Kaiser und

Bürgermeisterkandidatin Dr. Uta Barkusky
22. September, 19.30 Uhr, Bad Freienwalde, Konzerthalle: Forum „Die Rolle der LINKEN“ mit Dietmar Bartsch (MdB), Bundesgeschäftsführer der LINKEN, und Thomas Nord, Landesvorsitzender

25. September, 19.30 Uhr, Münchenberg, Schützenhaus: Der Bundesvorsitzende DIE LINKE, Prof. Lothar Bisky im Gespräch mit Dr. Uta Barkusky.

5a., 27. September, 16 Uhr, Strausberg, Tonhalle, Hegermühlenstr.: „Kaiser-Tour“ mit Kerstin Kaiser und Jörg Kokot zum Wahlkampfschluss
28. September, ab 18 Uhr: Wahl-Party im LINKS-Treff Strausberg und Seelow